



Dr. Edgar Franke

Mitglied des Deutschen Bundestages für Schwalm-Eder/Frankenberg
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister

06. Dezember 2024

06. Dezember 2024

Mit FRANKE AKTUELL berichtet der Bundestagsabgeordnete für Schwalm-Eder/Frankenberg, Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin und aus dem Wahlkreis. Der Newsletter erscheint immer im Anschluss an eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Dr. Edgar Franke, MdB
Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729
edgar.franke.wk@bundestag.de

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451-717950

<http://www.edgarfranke.de>
www.facebook.com/FrankeEdgar

Inhalt:

Editorial

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Gesundheitspolitik

Aus Wahlkreis und Heimat

Bilder der Woche



Liebe Leserinnen und Leser!

im Bundestag fand wieder eine reguläre Sitzungswoche mit einer umfangreichen Tagesordnung statt.

Die Forderung der CDU/CSU, unmittelbar die Vertrauensfrage zu stellen und der damit verbundene Versuch, den parlamentarischen Betrieb und wichtige Vorhaben aufzuhalten, konnte verhindert werden.

Bundeskanzler Olaf Scholz hatte einen klaren Fahrplan für Neuwahlen vorgelegt. Es war der Oppositionsführer der CDU/CSU, Friedrich Merz, gewesen, der für frühere Termine gestritten hatte und so auch Hektik und Probleme der Organisation und der Vorbereitung von Neuwahlen verursacht hat.



Um keine Zeit zu verlieren, haben wir im Vorstand des SPD Bezirks Hessen Nord uns mehrmals digital ausgetauscht und auch die Weichen für die nordhessischen Wahlkreise gestellt (Bild).

Am 07. Dezember 2024 findet bereits in unserem Wahlkreis die Delegierten-

konferenz zur Bestimmung meiner Nachfolge statt. Und am 08. Dezember starten wir mit einem Politischen Frühschoppen zur Bundestagswahl in Gudensberg.

Euer und Ihr



Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Absimmung über Vertrauensfrage voraussichtlich am 16.12.24 – Neuwahlen des Deutschen Bundestages voraussichtlich am 23.02.25

Der ursprünglich festgelegte Termin für die nächste Bundestagswahl, der 28. September 2025, entfällt, nachdem die FDP am 7. November 2024 aus der Bundesregierung ausgeschieden ist. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat angekündigt, am 11. Dezember 2024 die Vertrauensfrage nach Artikel 68 des Grundgesetzes zu stellen, über die der Bundestag am 16. Dezember abstimmen wird. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier kann, wenn dem Kanzler das Vertrauen nicht ausgesprochen wird, innerhalb von 21 Tagen das Parlament auflösen. Die vorgezogene Neuwahl des Bundestages muss dann innerhalb von 60 Tagen stattfinden (Artikel 39 des Grundgesetzes). So werden sehr wahrscheinlich am Sonntag, dem 23. Februar 2025 Neuwahlen stattfinden.

Übrigens: Wenn die Neuwahlen im Februar 2025 erfolgen, werden die folgenden Wahlen des Deutschen Bundestages auch jeweils alle vier Jahre im Frühjahr stattfinden, sofern es zu keinen Verkürzungen künftiger Wahlperioden kommt.

Wir konnten als Regierung und Fraktion einen terminlichen Kompromiss finden, der es uns erlaubt, unsere politische Verantwortung weiter wahrzunehmen. Wir arbeiten wie gewohnt mit aller Kraft für die Menschen in unserem Land und wollen wichtige Vorhaben noch in



dieser Wahlperiode angehen. Vorhaben, die keinen Aufschub erlauben. Denn gerade die Herausforderungen, vor denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie unsere Wirtschaft stehen, sind zu groß.

Jetzt braucht es klare Signale aus der Politik.



Wichtige Vorhaben umsetzen

Wir wollen die Wirtschaft stärken und Beschäftigte entlasten. Wir wollen schnell handeln, um Arbeitsplätze zu sichern und die Wirtschaft zu stärken.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat vorgeschlagen, die Stromnetz-Übertragungsentgelte für Firmen zu senken:

Ab 2025 soll ein fester Deckel eingeführt werden, der die Kosten für die Übertragungsnetzentgelte halbiert und auf drei Cent festschreibt. Damit wollen wir für wettbewerbsfähige Strompreise sorgen und Planungssicherheit schaffen.

Dort, wo Arbeitsplätze in der Industrie in Gefahr sind, würde es sofort unterstützend wirken. Wir sind noch in diesem Jahr bereit, das Gesetz im Parlament zu beschließen. Das wäre ein starkes Signal für die ganze Breite der Wirtschaft und für die Industrie am Standort Deutschland. Dazu muss allerdings die CDU/CSU auch mitmachen.

Wir arbeiten weiter an zentralen Projekten, um das Leben der Menschen zu verbessern.

Die Union kann sich nun nicht mehr hinter der Termindebatte verstecken, sondern muss bekennen, ob sie noch vor Auflösung des Bundestages **Steuerentlastungen für die arbeitende Mitte**, ein höheres **Kindergeld**, die Zukunft des **Deutschlandtickets** und **Entlastungen für die Industrie** mitträgt oder weiter blockiert.

SPD Fraktion im Bundestag

Wir wollen die nächsten Wochen nutzen, um Maßnahmen zu verabschieden, auf die Unternehmen und Arbeitnehmer dringend warten. Dazu gehört auch, Beschäftigte und Familien steuerlich zu entlasten und das Kindergeld zu erhöhen.



Regierungsbefragung

Olaf Scholz stellte sich als Bundeskanzler den Fragen der Bundestagsabgeordneten. Er warb um gemeinsame Beschlussfassungen.



"Die Zeit des Wahlkampfes ist nicht die Zeit des Stillstands. Man kann noch etwas tun und ich bitte Sie, dabei mitzuwirken", appellierte der sozialdemokratische Bundeskanzler in seiner achtminütigen Auftaktrede. Er appelliert Richtung Oppositionsparteien, die Zeit des Wahlkampfes politisch zu nutzen.

Olaf Scholz hatte der Union vorgeschlagen, umfassende Entlastungsmaßnahmen für Millionen Menschen in unserem Land und die heimische Wirtschaft zum 01. Januar 2025 gemeinsam auf den Weg zu bringen. Gerade Familien hätten dann spürbar mehr Geld in der Tasche. Friedrich Merz weigert sich aber, aus Sorge, dass ihm das seinen Wahlkampf verhaselt. Deswegen ist er nicht bereit, die

Erhöhung des Kindergeldes, die steuerlichen Entlastungen von Millionen Menschen, die Verlängerung des Deutschlandtickets oder eine Senkung der Energiekosten für Haushalte und Unternehmen verantwortungsvoll mitzutragen.

Bundeskanzler Olaf Scholz stellte klar, dass Deutschlands Industrie nachhaltigen Strom brauche, der bezahlbar ist. In der Befragung unterstreicht der Bundeskanzler, warum eine Preisbremse bei dem Übertragungsnetzentgelt unverzichtbar ist. Mit nachhaltigem Strom aus Nord- und Ostsee treiben wir die Energiewende voran, aber diese Energie muss dort ankommen, wo sie gebraucht wird und das zu stabilen Preisen.

Wir als SPD wollen die Übertragungsnetzentgelte auf 3 Cent bringen und halten, um die Unternehmen zu entlasten, Arbeitsplätze zu sichern und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken. Ein starkes Signal für eine zukunftsfähige Industrie, nachhaltige Energie und ein widerstandsfähiges Deutschland.

Den Videomitschnitt von der Auftaktrede gibt es beim Seeheimer Kreis zum Download:

<https://we.tl/t-nmzi5cCbwD>



Bundestag debattiert über Legalisierung von Abtreibungen

Der Bundestag hat erstmals den fraktionsübergreifenden Gesetzentwurf zu einer Neuregelung von Abtreibungen diskutiert. 328 Abgeordnete hatten ihre Unterschrift unter einen Gruppenantrag gesetzt, der eine Legalisierung von frühen Schwangerschaftsabbrüchen vorsieht. 367 Stimmen benötigen die Abgeordneten für eine einfache Mehrheit im Parlament.

Eine Abtreibung ist in Deutschland grundsätzlich rechtswidrig, weil laut Grundgesetz das ungeborene Leben geschützt werden muss. Sie wird nicht bestraft, wenn sie innerhalb der ersten zwölf Wochen stattfindet und die Frau sich zuvor hat beraten lassen. Ohne Strafe bleibt ein Abbruch auch, wenn medizinische Gründe vorliegen oder wenn er wegen einer Vergewaltigung vorgenommen wird.

Die Ampelregierung hatte 2021 in ihren Koalitionsvertrag festgehalten, dass Schwangerschaftsabbrüche Teil der ärztlichen Aus- und Weiterbildung werden sollten, kostenfreie Schwangerschaftsabbrüche »zu einer verlässlichen Gesundheitsversorgung« gehören und eine Kommission die »Regulierungen für den Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafgesetzbuchs prüfen« sollte.

Der Gesetzentwurf soll für mehr Selbstbestimmung und eine bessere medizinische Versorgung von ungewollt Schwangeren sorgen. Konkret kann das Gesetz dafür sorgen, dass Schwangerschaftsabbrüche nicht länger im Strafgesetzbuch, sondern neu im Schwangerschaftskonfliktgesetz geregelt werden.

In der Debatte waren die Befürworter der Meinung, dass Frauen, die abtreiben wollen, wegen des Gesetzes schlechter versorgt würden. Die strafrechtliche Regelung schrecke Ärzte davon ab, Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen.

2023 gab es laut Statistischem Bundesamt rund 106 000 gemeldete Schwangerschaftsabbrüche. 96 Prozent der Abtreibungen wurden nach der Beratungsregelung vorgenommen, 4 Prozent erfolgten aus medizinischen Gründen oder nach Sexualdelikten.

Der Gesetzentwurf wurde in den Rechtsausschuss verwiesen. Es ist noch unklar, ob das Thema noch vor der Bundestagswahl wieder zur Entscheidung auf die Tagesordnung des Parlaments gesetzt wird.



Bundestag berät über Gewalt gegen Frauen

Fast jeden Tag wird in Deutschland eine Frau Opfer eines Femizids. Alle drei Minuten erleidet eine Frau oder ein Mädchen häusliche Gewalt. Täglich werden mehr als 140 Frauen und Mädchen Opfer sexueller Übergriffe. Die Gewalt gegen Frauen ist im Vergleich zum Vorjahr erneut gestiegen – quer durch alle Kategorien: Gewaltdelikte, politisch motivierte Straftaten und Verbrechen, die vorwiegend Frauen treffen.



Der Bundestag beriet über den Entwurf eines Gewalthilfegesetzes. Frauen sollen besser gegen Gewalt geschützt werden. Der Gesetzesentwurf von SPD und Grünen sieht daher unter anderem vor, dass Frauen einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung bekommen. Mit dem Gesetz sollen bestehende Hilfestrukturen gesichert und ausgebaut werden. Die Arbeit mit Betroffenen soll gestärkt, Präventionsmaßnahmen weiterentwickelt werden.

Das Gewalthilfegesetz ist dazu ein zentraler Schritt, der im Koalitionsvertrag schon vorgesehen war. Gewalt darf in unserer Gesellschaft keinen Raum haben. Darum kämpfen wir nicht nur für das Gewalthilfegesetz, sondern auch für den Ausbau von Frauenhäusern, Schutz- und Beratungsstellen sowie Präventionsangeboten. Wir wollen, dass Partnerschaftsgewalt in familienrechtlichen Verfahren stärker berücksichtigt wird, die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen geschützt bleibt und Täter die volle Härte des Rechtsstaats spüren.

Ob über den Entwurf noch vor der Neuwahl des Bundestags im Februar abgestimmt wird, ist unklar. Für eine Mehrheit sind Stimmen der Opposition notwendig.



Gesundheitspolitik

Ausbildung zur Pflegefachassistenz soll künftig einheitlich geregelt werden

In dieser Woche haben wir einen Gesetzentwurf der Bundesregierung in 1. Lesung beraten, mit dem eine einheitliche Pflegefachassistentenausbildung ab 2027 eingeführt werden soll.

Damit wollen wir die Ausbildung zur Pflegeassistenz und erleichtern den Einstieg in den Pflegeberuf verbessern und vereinheitlichen. So sollen mehr Menschen für den Beruf begeistert, Pflegekräfte entlastet und Deutschland für ausländische Pflegekräfte attraktiver werden. Die Dauer der Ausbildung soll 18 Monate in Vollzeit oder 36 Monate in Teilzeit betragen. Insbesondere Personen mit Berufserfahrung können die Ausbildung schneller absolvieren. Voraussetzung für die Ausbildung ist ein Hauptschulabschluss. Gleichzeitig ist eine Zulassung ohne Schulabschluss möglich bei einer positiven Prognose der Pflegeschule zum erfolgreichen Abschluss der Ausbildung.



Antrittsbesuch des Botschafters der Arabischen Republik Ägypten, Mohamed Elbadri

Im Gespräch ging es auch um die weitere bilaterale Zusammenarbeit im Bereich der Gesundheitsversorgung.

Ukrainische Abgeordnete des Ausschusses für öffentliche Gesundheit zu Gast

Auf Einladung des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages kam eine Delegation des Ausschusses für öffentliche Gesundheit, medizinische Versorgung und Krankenversicherung der Werchowna Rada der Ukraine in Berlin zu Besuch (im Bild anlässlich einer Sitzung des Gesundheitsausschusses).



Die Gäste diskutierten in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Gesundheit unter der Leitung der amtierenden Vorsitzenden, Abg. Dr. Kirsten Kappert-Gonther und des ukrainischen Ausschussvorsitzenden, Abg. Mykhailo Radutskyi, über den Arzneimittelsektor und die Implementierung europäischen Rechts sowie weitere Themen. An der Sitzung nahm Edgar Franke als Parlamentarischer Staatssekretär in Vertretung des Bundesgesundheitsministers teil.

Nicht nur im Bundestag, sondern auch in den Räumen des Bundesministeriums für Gesundheit wurde die ukrainische Parlamentsdelegation empfangen. Der konstruktive Austausch drehte sich darum, wie die Ukraine in ihrer schwierigen Situation von deutscher



Seite auch mit medizinischen Knowhow und mit Tatkraft unterstützt werden kann. Die Abgeordneten schilderten, dass besonders die deutschen Kenntnisse und Erfahrungen im Reha-Bereich von größter Bedeutung sind. Daneben tauschte man sich auch über das deutsche System der Apothekenvergütung und die Nachbehandlung von Organtransplantierten aus.



4. Internationale Konferenz über das globale Problem zunehmender Antibiotika-Resistenz durch multiresistente Keime (Fourth Global High-Level Ministerial Conference on Antimicrobial Resistance) in Jeddah, Saudi-Arabien

In der zweitägigen Konferenz mit verschiedenen hochkarätig besetzten Diskussionsrunden, Arbeitsgruppen und Plenumsveranstaltungen ging es darum, nicht



nur weiter an einer gemeinsamen Strategie zur Eindämmung der Bedrohung der Weltgesundheit durch multiresistente Keime zu arbeiten, sondern auch den Gesundheitsgefahren national vor Ort mit gezielten und abgestimmten Maßnahmen zu begegnen.



Die deutsche Delegation bestand neben meinen Mitarbeitern auch aus der deutschen AMR-Botschafterin, Dr. Muna Abu Sin, die ebenfalls als Redner- bzw. MitdiskutantIn aufgetreten ist (Bild links).



Aus Wahlkreis und Heimat

Feierstunde 50 Jahre Kreissparkasse Schwalm-Eder

Nach der Begrüßung durch Sparkassenvorstand Michael von Bredow analysierte Julius van der Laar brandaktuell die US-Präsidentschaftswahlen.



Bild links: Julius van der Laar (links), Michael von Bredow.

Julius van de Laar ist Kampagnen- und Strategieberater mit

langjähriger, internationaler Kampagnenerfahrung. Im US-Wahlkampf 2012 leitete Julius van de Laar den Bereich Wählermobilisierung für Barack Obama im wahlentscheidenden Schlüsselstaat Ohio. Nach dessen Wahlsieg brachte er seine Erfahrungen als Berater in den Bundestagswahlkampf 2009, 2013, 2017 sowie in diverse europäische Wahlkämpfe und NGO-Kampagnen ein. Heute berät er politische Organisationen, NGOs, und Unternehmen in der Entwicklung von Kampagnen sowie deren Umsetzung.

Für die hochinteressante Analyse des amerikanischen Wahlkampfes und des Sieges von Donald Trump bedankten sich (von links) der SPD-Kreisvorsitzende Dr. Philipp Rottwilm, MdB Dr. Edgar Franke und Sparkassenverwaltungsratsvorsitzenden und Landrat Winfried Becker mit einer Ahlen Worscht.





Feierliche Eröffnung des Gerhard-von-Reutern-Hauses als „Weltkulturhaus“ in Willingshausen durch Bürgermeister Luca Fritsch

Die Malerkolonie Willingshausen ist die älteste Künstlervereinigung Europas. Das Gerhardt-von Reutern-Haus mit der angrenzenden Kunsthalle ist ein kulturelles Highlight im Schwalm-Eder-Kreis. Hier finden regelmäßig überregional beachtete Ausstellungen, Kultur- und Kunstveranstaltungen sowie Kurse und Workshops statt.



Für die Sanierung des Hauses hat die Gemeinde 1,9 Mio Euro aufgebracht, wobei der Bund mit 1,3 Mio diese Maßnahme gefördert hat. Hierfür hatte Edgar Franke sich persönlich in Berlin bei den Kollegen im Haushaltsausschuss sehr eingesetzt.

Edgar Franke hat sich sehr gefreut, Matthias Haupt (links), den Geschäftsführer der Sparkassen-

Kulturstiftung Hessen-Thüringen, dort getroffen zu haben. Sie kennen sich schon seit den Juso-Tagen in den 80er-Jahren in der Hochschulgruppe in Marburg.

Auch die Bürgermeister von Schwalmstadt, Schrecksbach und Neuental, Tobias Kreuter, Daniel Helwig und Bundestagskandidat Philipp Rottwilm und die Kreistagsabgeordnete Andrea Glinzer sowie Kirsten Nahser waren bei der Eröffnung dabei.





15 Jahre TABITA-Hospizdienst im Chattengau, Ambulanter Hospiz- und Palliativberatungsdienst in Gudensberg

In seinem Grußwort würdigte Edgar Franke die Hospizarbeit von TABITA. Der TABITA-Hospizdienst im Chattengau hat es sich zur Aufgabe gemacht, Zeit zu haben für die Begleitung von Menschen, die sich in ihrer letzten Lebensphase befinden, um ihnen ein würdevolles Leben bis zur letzten Minute zu ermöglichen.

Sie arbeiten mit hauptamtlichen Koordinatorinnen und über 40 ehrenamtlich tätigen Frauen und Männer in der aktiven Sterbebegleitung und betreuen Menschen in Senioreneinrichtungen und Personen im häuslichen Bereich (Bild).



Vor allem unterstützt der Hospizdienst auf Anfrage die betroffenen Familien und Einzelpersonen mit der Sterbebegleitung, die von professionell auf ihre Tätigkeit vorbereiteten Ehrenamtlichen wahrgenommen wird.

Träger des Hospizdienstes ist der Verein Sozialdienst im Freikirchlichen Bund der Gemeinde Gottes e.V. Dieser wurde vertreten durch Walter Berle (im Bild links), dem langjährigen Geschäftsführer des Alten- und Pflegeheims Eben Ezer und Stadtrat in Gudensberg.



SPD Soziale Politik für Dich.

**Sonntag,
08. Dezember 2024,
10:30 Uhr**

**Hotel am Stadtpark
Kasseler Str. 15,
Gudensberg**

**EINLADUNG ZUM
POLITISCHEN FRÜHSCHOPPEN**
Rottwilm kandidiert – Franke zieht Bilanz

 **Dr. Philipp Rottwilm**
Für uns nach Berlin.

 **SPD** 

Franke geht - Rottwilm kommt

Politischer Frühschoppen zum Wahlkampfauftakt

Die SPD Schwalm-Eder mit ihrer Arbeitsgemeinschaft 60plus lädt herzlich zu einem politischen Frühschoppen am Sonntag, dem 8. Dezember 2024 um 10.30 Uhr in das Hotel am Stadtpark in Gudensberg ein.

Die Bundestagswahl steht vor der Tür. Der langjährige Abgeordnete Edgar Franke, der nicht mehr kandidieren wird, zieht gern an diesem Morgen eine Bilanz seiner politischen Arbeit.

Gleich darauf gibt es die Gelegenheit, mit dem Kandidaten zur anstehenden Bundeswahl, Philipp Rottwilm, ins Gespräch zu kommen, den wir sehr gern im Wahlkampf unterstützen wollen.

Nutzen Sie die Chance, aktuelle politische Themen mit Philipp Rottwilm und Edgar Franke zu diskutieren und Ihre Fragen direkt an den Kandidaten zur Bundestagswahl zu richten.

Rottwilm kommt

Dr. Philipp Rottwilm, Ökonom, 40 Jahre alt, ist seit 2017 Vorsitzender der Schwalm-Eder-SPD und stellvertretender Landesvorsitzender der hessischen SPD. Er ist ferner Mitglied des Kreistages des Schwalm-Eder-Kreises und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion sowie ab 2019 auch Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD-Hessen-Nord.

In 2018 wurde er zum Bürgermeister der Gemeinde Neuental gewählt. 2023 hat er ein großartiges Ergebnis von über 80% bei der Wiederwahl 2023 erzielt und wurde damit im Amt bestätigt. Neben seiner Arbeit als Bürgermeister engagiert er sich seit Jahren ehrenamtlich in sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Vereinen und Verbänden der Region.



Timo Riedemann zum neuen Melsunger Bürgermeister gewählt

Ein grandioser Sieg bei der Bürgermeisterwahl in Melsungen: SPD Kandidat Timo Riedemann wurde nach einem fulminanten Wahlkampf mit fast 73 % der Stimmen im ersten Wahlgang neuer Bürgermeister in Melsungen. Gut für Melsungen und den Schwalm-Eder-Kreis.

Neuer Bürgermeister von Melsungen wird der Stadtverordnetenvorsteher Timo Riedemann. Der SPD-Politiker erhielt 72,7 Prozent der Wählerstimmen und erreichte damit im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit. Sein Vorgänger, Bürgermeister Markus Boucsein (unabhängig), war nach zwei Amtszeiten nicht mehr angetreten. Die Wahlbeteiligung lag bei 60 Prozent.



Bilder der Woche



Edgar Franke zusammen mit Bundeskanzler Olaf Scholz im Gespräch mit dem Präsidenten der Bundeszahnärztekammer Prof. Dr. Christoph Benz und der Vizepräsidentin Dr. Romy Ermler.

Mit Bundeskanzler Olaf Scholz bei der **Weihnachtsfeier des Seeheimer Kreises** in Berlin.

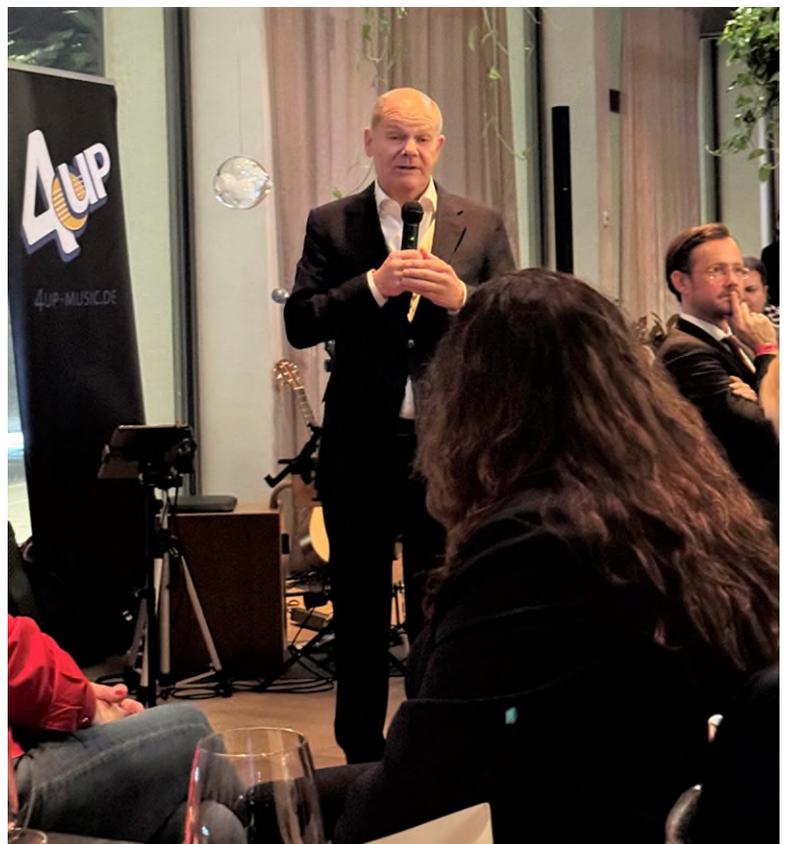
Scholz ging in seiner Ansprache auf die Vertrauensfrage ein, die er am 16. Dezember im Bundestag stellen will.

Spricht sich eine Mehrheit der Abgeordneten nicht für ihn aus, wovon nach dem Ausscheiden der FDP aus der Ampelkoalition auszugehen ist, will er den Bundespräsidenten bitten, den Bundestag aufzulösen.

Und bezogen auf dem anstehenden Wahlkampf:

„Gemeinsam werden wir in den nächsten 82 Tagen alles geben: für gute Arbeitsplätze, eine moderne Wirtschaft und starken Zusammenhalt in unserem Land.“

Er bedankte sich beim Seeheimer Kreis für die Unterstützung und die passende Ausrüstung für den Wahlkampf, die ihm überreicht wurde. „Da kann ja nichts mehr schiefgehen“, so der Kanzler.





Im freundlichen Austausch mit der ehemaligen Gesundheitsministerin, Ulla Schmidt beim **Parlamentarischen Abend des BKK Dachverbandes**.

Ulla Schmidt war nicht nur die ehemalige Bundesgesundheitsministerin sondern auch Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Sie ist seit 2012 die Bundesvorsitzende der Lebenshilfe.

Die Gesundheitspolitiker Ulla Schmidt und Edgar Franke kennen sich schon lange gut. Ulla Schmidt hat auch mehrmals den Wahlkreis von Edgar Franke besucht.



Beim Parlamentarischen Abend im AXICA Kongresszentrum am Brandenburger Tor traf Edgar Franke den Vorstandsvorsitzenden des BKK Dachverbandes, Franz Knieps.

Knieps war von 2003 bis 2009 Leiter der Abteilung Gesundheitsversorgung, gesetzliche Krankenversicherung, Pflegeversicherung im Bundesministerium für Gesundheit.

Rechts von Bundeskanzler Olaf Scholz sitzt die ehemalige Justiz- und Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries.

Sie stammt aus Kassel und hat ebenfalls, wie Edgar Franke, in Gießen studiert.





Blick vom **Bundeskanzleramt** auf das Reichstagsgebäude mit dem Deutschen Bundestag.

Im sechsten Geschoss befinden sich der kleine und der große Kabinettsaal. Im großen Saal trifft sich an jedem Mittwoch die Bundesregierung zu Beratungen.

Es war schon ein besonderes Erlebnis als Parlamentarischer Staatssekretär mit am Kabinettsstisch sitzen zu dürfen und den Bundesminister zu vertreten. Auch gab es viele Runden der Parlamentarischen Staatssekretäre hier in diesem mit viel Kunst ausgestatteten Raum.





Mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Bettina Hoffmann bei der letzten Sitzung der Parlamentarischen Staatssekretäre in diesem Jahr im Bundeskanzleramt.

Bettina Hoffmann (Bündnis 90/Grüne) ist in Niedenstein Zuhause, also im Wahlkreis von Edgar Franke. Sie ist Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Hoffmann kandidiert

ebenfalls nicht mehr für den nächsten Bundestag.

Kreisversammlung 2024 des DRK-Schwalm-Eder.

Edgar Franke mit dem Präsidenten des hessischen DRK-Landesverbandes Hessen des, Norbert Södler (links), DRK- Kreisgeschäftsführer Manfred Lau und Bürgermeisterin Susanne aus Guxhagen sowie Landrat Winfried Becker.



IMPRESSUM

Eine Information des Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurzgehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Tino Basoukos, Seite 2 Thomas Köhler/photothek.net und Screenshot Edgar Franke, Seiten 3 Image by [Leopictures](#) from [Pixabay](#), Seite 4 Sharepic der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 5 Bundesregierung/photothek.net/Thomas Köhler & Thomas Imo, Seite 7 Image by [Markus Winkler](#) from [Pixabay](#), Seiten 8-13 Edgar Franke, Seite 14 Sharepic der SPD Schwalm-Eder, Seite 15 Sharepic Timo Riedemann auf <https://www.facebook.com/photo?fbid=1017778593699493&set=a.664578942352795> , Seiten 16-19 Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.